

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Vertrieb: monatlich 50 Pfennig. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Umsonstpreis für die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes 75 Pfennig. Reichs- und Provinzialverleger 1. 111.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands.

Verantwortung und Geschäftsstelle: Duisburg, Kaiserstr. 17. Telefon 222-07. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 21 Uhr. Zuschriften an Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 83

Duisburg, den 11. September 1920

21. Jahrgang

Die allgemeine Aussprache auf unserem Verbandstag

Schlumberger, Köln, übermittelt die Grüße der Mitglieder im besetzten Gebiet und weist vor allem auf das Eupener Begrüßungstelegramm hin, das von dem rheinischen Volk zeugt, der auf der gesamten rheinischen Bevölkerung lastet. Er schildert die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit vor allem in der ersten Zeit der Besetzung. Mit Enttäuschung nimmt die Generalversammlung die Mitteilung an, daß die sozialdemokratischen Führer vor allem in Eupen ihren eigenen Volksgenossen in den Rücken fallen, und unseren Feinden von gestrigen Handlungsdienste bei ihrer deutschfeindlichen Politik leisten.

Wadberg, Duisburg, gibt einen Bericht von der Entwicklung der jüngsten Ortsverwaltung des Verbandes — Duisburg — und kommt dann auf die Verhältnisse in der heimischen Industrie zu sprechen.

Die syndikalistische Bewegung, die sich in Duisburg besonders breit macht, zeigt immer deutlicher die Tendenz, sich in Betriebsorganisationen mit offenbar gelbem Anstrich zu verwandeln.

Mes, Gagen, stellt die Bedeutung des Urteils, den der dritte Bezirk an dem Aufschwung des gesamten Verbandes hat, vor allem darin, daß bis in die jüngste Vergangenheit hinein hier noch schwere Kämpfe um das Koalitionsrecht geführt werden mußten. Heute sind diese Widerstände überwunden, stellungsweise jedoch abgelöst von einem rücksichtslosen Terror, der von sozialdemokratischer Seite vor allem in Kassel, Weimar usw. ausgeht wird.

Dazu kommen neuerdings erhebliche Konjunkturschwankungen in der Feinmechanikindustrie des Bezirkes, die die Gefahr größerer Arbeitslosigkeit wieder in greifbare Nähe rücken. Wir müssen in den Selbstverwaltungskörpern für Exportförderungen eintreten, um der drohenden Not entgegenzuwirken. Andererseits würde auch ein energischer Preisabbau zweifellos eine Belebung dieses Industriezweiges zu Folge haben. Auf alle Fälle muß rechtzeitig eine umfassende Organisation der Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden.

Gangler, Stuttgart, wünscht angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Frage des Preisabbaues in den Vordergrund zu rücken. Denn wir bereit sind, unsere Interessen im Rahmen des Allgemeinwohls zu vertreten, verlangen wir auch mit Entschiedenheit, daß auch die anderen Stände, vor allem die Landwirtschaft, ihren Standesinteressen überwinden und mehr Gemäßtheit zeigen. Wir begrüßen es, daß der Eisenwerkwirtschaftsbund die Eisenpreise jetzt schon zweimal zurückgesetzt hat. Auch die Preisregulierung der Kohle muß unbedingt in vernünftiger Weise erfolgen. Wir richten in dieser Beziehung einen ersten Appell an unsere Kollegen im Bergbau.

Der Redner verbreitet sich über die Auswüchse des Zwischenhandels, die ungerechtfertigte Steigerung der Gehälter der höheren Beamten, die Wirkungen des Steuerabzuges in den Fabriken, die mit schlechten Ausschüssen arbeiten, um dann auf eine augenblicklich laufende Lohnbewegung einzugehen, in welcher die Lohnnehmer mit großen Aussparungen drohen. Hier zeige sich, wie notwendig der Ausbau des Verbandes auch in seiner Finanzkraft sei, damit er solchen Situationen gewachsen ist.

Wieder weist im Anschluß daran auf das Unschöne des Heres der Beamten hin und betont die Notwendigkeit, auch hier nach dem Rechten zu sehen.

Hirtfelder, Hauptvorstand, verbreitet sich über den Stand der Verhandlungen über die Abschaffung der privaten Pensionskassen gezahlten Beiträge. Die Frage des Preisabbaues weist er darauf hin, daß die rheinischen Landwirte im Gegensatz zur Metallindustrie, die bereits erhebliche Preiszurücksetzungen durchgeführt hat, wieder Forderungen auf Preisermäßigung für ihre Produkte stellen. Den Landwirten müsse einmal die Situation vor dem Kriege wieder in die Erinnerung gebracht werden, wo die Industriebevölkerung durch die Schutzzölle große Opfer bringen mußte, um die deutsche Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten. Die Sorge für ihre eigene Zukunft müsse der Landwirtschaft ihre Pflicht zum Bewußtsein bringen, den Bogen nicht zu überspannen und sich die Sympathien der gesamten Industriebevölkerung zu verschaffen.

Weiter fordert der Redner unter eingehender Begründung eine Vertretung der Metallarbeiter im Reichshöhlenrat und legt seine Forderungen in einer Resolution nieder, die er zur Annahme vorschlägt.

Dr. Brauer, Gesamtverband, begründet die Haltung der deutschen Delegation auf dem internationalen Bergarbeiterkongress in Genf und gibt eine interessante Aufklärung über die Ablehnung der 6-Stundenfrist durch die französischen und belgischen Bergarbeiter. Er führt sie auf die Bestrafung der Franzosen zurück, die in Spa erprechten Kohlenlieferungen nicht durchsetzen zu können. Alsdann nimmt er auf gegen die „Deutsche Arbeit“ gerichtete Vorwürfe Bezug und kennzeichnet die Rolle dieser Zeitschrift, die ein wissenschaftliches Diskussionsorgan sein soll.

Arail, Berlin, schildert die Eigenart der Berliner Verhältnisse und führt die schlechten Lohnverhältnisse auf die revolutionäre Phrasendrescherei der Berliner Sozialisten zurück und kommt dann auf die in Berlin erfolgte Bildung der Zentralarbeitsgemeinschaft zu sprechen, der die Schaffung von Bezirks- und Ortsarbeitsgemeinschaften gefolgt ist.

Wir sehen in der Arbeitsgemeinschaft eine praktische Errungenschaft im Sinne unserer Grundzüge. Wenn auch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband eine grundsätzlich ablehnende Stellung einnimmt, kann er in der Praxis doch nicht an der Arbeitsgemeinschaft vorbeigehen. Streng genommen ist sein Widerstand nur noch ein Streit um Worte und der klägliche Versuch, den revolutionären Schein zu wahren.

Der Redner geht weiter auf den Aufbau und die Tätigkeit der Selbstverwaltungskörper ein, die von diesen gebildeten Kommissionen und Außenhandlungsstellen. Obwohl der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in einem Artikel seines Verbandorgans behauptet „Ein neuer Volksbetrug“, die Selbstverwaltungskörper in Grund und Boden verdammt habe, hat er sich jetzt neuerdings zur Mitarbeit bereitgefunden.

Um die wiederholt in unserem Verbandorgan und in Versammlungen hervorgehobene Stellung unseres Verbandes grundsätzlich festzulegen, schlägt er eine entsprechende Resolution vor.

Müller, Essen, geht auf die Entwicklung der Essener Ortsverwaltung ein, zeichnet ein Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse in Essen und vor allem der Stellung der Firma Krupp im heutigen Wirtschaftsleben und kommt vor allem auf das Alfordwesen zu sprechen.

Für Frage des Achtstundentages weist er darauf hin, daß für die Beamten der siebenstündige Arbeitstag eingeführt sei, was er als ungerechtfertigt ansieht. Ebenso bezeichnet er die Urlaubsregelung als ungerecht, die den Beamten bedeutend längere Ferien zubilligt als dem Schwerarbeiter.

Seid, Stülberg: Als Vertreterin der Kolleginnen des II. Bezirks erkläre ich, daß wir Arbeiterinnen den ungenügenden Anteil nehmen an dem inneren Leben und der Einwirkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes. Wir empfinden es, welchen Segen der Christliche Metallarbeiterverband den Arbeiterinnen gebracht hat. Wenn wir früher in den Fabriken am wenigsten geschätzt waren, wenn wir in der Entlohnung am schlechtesten gestellt waren, dann haben wir empfunden, wie alles dieses sich zu ändern begann, als wir in größerer Zahl Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes wurden. In Stülberg sind wir zu 700 Kolleginnen organisiert, im Bezirk zu etwa 2700. Ich kann versichern, daß wir, wie bisher, so auch in Zukunft fest und treu zum Verbande stehen werden und trotz Mühen und Lasten, trotz Belastigungen aller Art niemals unsere christliche Gesinnung verleugnen werden. Wir werden uns stets die alten Führer als Beispiel dienen lassen, und den heutigen Führern volles Vertrauen entgegenbringen in der bestimmten Erwartung, auch aus der 9. Generalversammlung für uns Metallarbeiterinnen Gutes und Segen ersprechen zu sehen.

Korndt, Nürnberg, unterstreicht an Hand der politischen Verhältnisse in Bayern die Feststellung des Geschäftsberichts, daß die Sozialdemokratie es nicht habe verhindern können, daß die Mehrheit des Volkes sich gegen die Revolution ausgesprochen habe, trotz dem die Kadetten in Bayern mit allem Hochdruck gearbeitet hat und in 5 großen bayrischen Städten 4-5 Wochen lang die Räterepublik geherrscht hat.

Zu den partikularistischen Bestrebungen in gewissen Kreisen erklärt er namens der christlich organisierten Metallarbeiter: Wir stehen fest zum Reich, mag's diegen oder brechen.

Eine neue Parteibildung lehnt er auch für Bayern ab und schlägt in diesem Sinne eine Resolution vor. (Siehe letzte Nummer unseres Verbandesorgans.)

Unsere nächste Aufgabe liegt auf dem Gebiete der Schulung und Durchbildung unserer Mitglieder. Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eingehend fordert er angefaßt der großen Spannung zwischen Lohn- und Preissteigerung systematischen Abbau der Preise.

Santowski, Rattowitz, schildert die oberschlesischen Verhältnisse, die Nachwirkungen des Nationalitätenstreites und betont, daß die deutsche, christliche Gewerkschaftsbewegung jetzt eine glückliche Entwicklung nehme. Diese wird nur noch teilweise durch den sozialdemokratischen Terror beeinträchtigt.

2. Verhandlungsbericht.

Wieder weist die entlassene Berichterstatterin eines Teiles der Presse zurück, die aus den tagelangen Verhandlungen einige Sätze in sinnentstellender Form herausgegriffen habe und ein falsches Bild von dem tatsächlichen Verlauf der Verhandlungen gab.

Kauer, Duisburg, nimmt Stellung zu einer Reihe wichtiger Fragen des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung. Durch die Dekontaminationsarbeiten ist das Interesse für diese wichtigen Dinge in den Hintergrund gedrängt worden. Durch die Organisierung von früher gewerkschaftlich indifferenten Arbeitermassen ist in manchen bunten Verhältnissen hineingelockert worden. Die notwendige Entwicklung der Industrie, die modernen Betriebs- und Arbeitsmethoden haben zu neuen Gefährdungen von Leben und Gesundheit geführt. Dazu kommt die verminderte Widerstandsfähigkeit der Arbeiter durch mangelhafte Ernährung. Wir müssen infolgedessen für mehrgehenden Ausbau des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung entschieden eintreten.

Der Redner begründet eingehend folgende Resolutionen:

1. Verhütung von Gasvergiftungen in Feuerbetrieben.
2. Mehr Schutz für die Arbeiter in Blei-, Zinn- und ähnlichen Betrieben.
3. Anerkennung des Urteils praktischer erfahrener Sachleute und Zeugen bei Feststellung von Betriebsunfällen durch Gas-, Blei- und ähnlichen Vergiftungen.
4. Anerkennung von Berufs- oder Gewerbekrankheiten als Betriebsunfälle.

(Wir werden auf diese äußerst interessanten und bedeutenden Ausführungen, die in über die heute bestehenden Bestimmungen weit hinausgehenden Forderungen gipfeln, später nochmals näher eingehen. Die Schriftleitung.)

Weiter fordert der Redner die Beseitigung der Frauenarbeit in der Schwerindustrie. Die Beschäftigung von weiblichen Arbeitsschichten mit schweren und gefährlichen Arbeiten ist unsozial, als einerseits genügendes Angebot männlicher Arbeitskräfte vorliegt, sowohl als andererseits genügend Nachfrage in den Frauen zuzugewandene Beschäftigungsarten vorhanden ist.

Zum Schluß wendet sich der Kollege Kauer gegen die schamlose Zulassung von fremdländischen, vor allem ostbayerischen Arbeitskräften. Bestimmungen des sozialdemokratischen preussischen Ministers des Innern haben diesen Zugang erheblich gefördert. Wir müssen uns frei von antisemitischen Bestrebungen, aber wir verlangen angefaßt der gedrückten Lage des Arbeitmarktes zunächst Verbleib und Brot für die deutschen Arbeiter. Bei der Besetzung offener Stellen muß unter allen Umständen dem Deutschen der Vorzug gegeben werden.

Mehr, Duisburg, der Leiter unseres Jugendsekretariats an der Zentrale, beschäftigt sich mit der Regelung des Lehrlingswesens. Zahl der Lehrlinge, ihre Entlohnung, Lehrzeit, die Lehrmethoden, alles das sind Dinge, die in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften fordern. Für den industriellen Westen wäre die Schaffung gut ausgebauter Lehrwerkstätten lebensfähig zu wünschen.

Für die Festsetzung der Löhne der Lehrlinge im Kleinergewerbe fordert er unbedingtes Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und verbreitet sich zum Schluß über die Fragen Lehrzeit und Fortbildungsschulwesen. Seine Forderungen faßt er in einer entsprechenden Resolution zusammen. (Auch auf diese von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen werden wir in besonderen Abhandlungen zurückkommen. D. Schriftl.)

Altmeyer, Dilldeshelm, stellt fest, daß die von Hannover ausgehenden Bestrebungen zur Bildung einer neuen Partei über die Köpfe der Mitglieder hinweggehen und von diesen nicht gebilligt werden. Das Kapitel „Terrorismus“ des Geschäftsberichtes bereichert er noch um einige markante Fälle und schlägt eine diesbezügliche Resolution vor.

Heintzmeier, Wilhelm (Ruhr), nimmt Stellung zum Vertriebsgesetz und zur Betriebsratsorganisation und bringt dazu eine Resolution ein.

Zum Achtstundentag verweist er darauf, daß in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie trotz des Achtstundentages eine erhebliche Steigerung der Leistungen erzielt worden ist. Wir denken nicht daran, am Achtstundentag für unsere Hütten- und Metallarbeiter zu rütteln. Wir würden das auch im volkswirtschaftlichen Interesse nicht mitmachen können. Wir sind jedoch mit dem Kollegen **Wieber** der Überzeugung, daß der schematische Achtstundentag vom Standpunkte der Schwerarbeiter aus eine schreckliche Ungerechtigkeit ist.

Müller, Medlinghausen, spricht über die Besetzung der Arbeitsfrage im Bergbau und das Kohlenabkommen von Spa.

Wieber stellt fest, daß die Franzosen auf alle Fälle die verlangten Kohlen bekommen werden, und wenn sie sie sich durch Befehl des Ruhrgebietes selber holen müßten. Der Leidtragende wird die deutsche Volkswirtschaft sein, wenn die Kohlenförderung nicht gesteigert werde.

Wiesner, Danzig: Die Schwierigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit im O. Bezirk erhellt aus der Tatsache, daß er sich über den Freistaat Danzig, Teile des deutschen Reiches, Polens und neuerdings noch Ostpreußens, also vier Länder, erstreckt.

Im Freistaat Danzig wurden unter 300 000 Einwohner 14 000 Arbeitslose gezählt. Er schließt mit dem Ruf: „Bergt den Osten nicht. Wir bleiben treu deutsch und stets gute, christliche Gewerkschaftler.“

Die allgemeine Aussprache wird dann unterbrochen durch einen groß angelegten Vortrag des Kollegen **Dr. Brauer, Köln**, über „Der wirtschaftliche Aufbau Deutschlands und die christliche Arbeitererschaft“ mit anschließender Diskussion, an welcher sich die Kollegen **Wieber, Kaiser, Weddemann, Schmitz, Hirsfelder, Leupke, Konrad, Mehr u. a.** beteiligen. (Wir werden den Vortrag demnächst in einer besonderen Abhandlung zum Ausdruck bringen. Die Schriftleitung.)

Der 3. Verhandlungstag

wird durch eine Geschäftsordnungsdebatte eingeleitet, in welcher Kollege **Wieber** die Auffassung vertritt, die Verhandlungen einen Tag weiter auszudehnen, damit alle zu Wort kommen könnten, die sich gemeldet haben. Eine Abstimmung ergibt eine Mehrheit für diese Auffassung.

Otto, Essen: Durch die Zusammenarbeit während des Streikes ist der Gewerkschaftsstreit stark abgemildert. Die Einigkeit der Arbeiter hat dazu geführt, daß das Heer der Unorganisierten bis auf ein Mindestmaß zusammengeschumpft ist. Auf dem Gebiete des Wahlrechts hat uns die Revolution zweifellos manche Freiheit gebracht. Den Achtstundentag geben wir Metallarbeiter für uns nicht auf und anderen Berufen haben wir keine Vorschriften zu machen. Durch einen zu starken Gegensatz zu unseren Gegnern gefährden wir die Arbeitsgemeinschaft.

Wieber: Der Deutsche Metallarbeiterverband hat sich selbst außerhalb der Arbeitsgemeinschaft gestellt. Wir können diese also nicht gefährden, wenn wir gegen diesen Verband Stellung nehmen.

Die ungeheuerliche Preiskelcherei muß vor allem uns Metallarbeitern, deren Produkte zum großen Teil auf den Export angewiesen sind, zeigen, daß uns mit radikalen Forderungen nicht gedient ist. Wir sehen vor gewaltigen Problemen, die nur gelöst werden können, wenn wir uns darüber klar werden, was ist.

Altmeyer, Essen, ist der Ansicht, daß nicht genug betont werde, daß die Steigerung der Produktion auch durch technische und organisatorische Verbesserungen in den Betrieben erzielt werden könnte.

Blumacher, Düsseldorf, nimmt Stellung zu der Frage der Parteigründung und spricht einer energischen Gewinnbegrenzung des Leib- und Bankkapitals das Wort.

Frohn, Aachen, wünscht Ausräumung der Grenzstreitigkeiten zwischen uns und Bruderverbänden.

Zu der von anderen Rednern angeschnittenen Beamtenbeförderungsforderung betont er, daß die Arbeiter in den Gemeindevertretungen es nicht verstehen können, daß die Beamten für ihre Kinder, selbst für uneheliche bis zum 21. Lebensjahre, Monatszulage beziehen, während die Arbeiterkinder schon mit 14 Jahren den blauen Kittel anziehen und sogar Steuern bezahlen müssen, damit jenen bevorzugten Kindern das Studium ermöglicht wird.

Blau, Barmen, hat bereits an der 1. Generalversammlung des Verbandes teilgenommen und freut sich der Entwicklung, die er inzwischen gewonnen hat. Er schilbert alsdann die gewerkschaftliche Lage im Ruhrgebiet und verlangt, daß der Achtstundentag aufrechterhalten bleibt.

Kampmann, Altheldt, hofft auf weiteren Zustrom zum Verbande aus evangelischen Kreisen und nimmt Stellung zur Betriebsratsfrage.

Gorn, Essen, unterstreicht diese Ausführungen und betont die Notwendigkeit unbedingter parteipolitischer Neutralität.

Schmuhl, Essen, begrüßt es, daß in unserem Verbandsorgan in den Auseinandersetzungen mit dem Gewerkschaftsamtlicher Bergarbeiter die Schärfe vermie-

den würde, die dieser leider anwendet, und hofft, daß bald eine Einigung über die Frage der Besetzung der Arbeitsfrage zustande kommt.

Vollmann, Essen, fordert Vorbereitung für die Besetzung der Arbeitsfrage bei den Verhandlungen über den Mantelarif. Der Kampf um die Besetzung der Arbeitsfrage wird meist von oben herunter geführt.

Schmitz, Gilda, verlangt unter anderem den Ausbau der Fachsektion für Helfer und Maschinisten.

Steinacker, Menden: Unsere nächste Aufgabe muß sein, daß wir alle Maßnahmen ergreifen, die zu einem energischen Preisabbau führen.

In Menden haben wir auf kommunalpolitischem Gebiete Erfahrungen gemacht, die zeigen, daß politische Gewerkschaften nicht im Rahmen unserer Bewegung verfolgt werden dürfen.

Dohler, Bremen: Der wirtschaftliche Zusammenbruch hat vor allem den Schiffbau hart getroffen. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer groß.

Ruhn, Pforzheim, gibt ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der Edelmetallindustrie. Das Steigen der Valuta hat einen schweren Rückschlag auf diese Industrie ausgeübt und große Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Andererseits haben wir in der Goldindustrie die Mängel des schematischen Achtstundentages schwer zu spüren bekommen. So sehr wir jeglichen Fortschritt begrüßen, können wir an den offensichtlichen Mängeln als praktische Gewerkschaftler nicht achtlos vorübergehen.

Wodsch, München: Die zur Steuerung der Erwerbslosigkeit getroffenen Maßnahmen sind manchmal gefährlich. Dazu gehört das System der Kurzarbeit sowohl als andere Belastungen von Betrieben, die in absehbarer Zeit nicht mehr voll tätig sein können.

Die Haltung unseres Verbandsorgans findet unsere vollste Billigung. Seine Ausgestaltung stellt es an die Spitze aller gewerkschaftlichen Organe.

An der Resolution Konrad (Parteilfrage) hat er einige Vorklärungen zum Teil redaktioneller, zum Teil grundsätzlicher Art.

Wieber hält diese Änderungen für durchführbar und weist auf die Stellung des Gewerkschaftsfunktionärs hin, die ihm im politischen Leben auf Grund seiner Verantwortung gewisse Beschränkungen auferlege.

Thelen, Mannheim, verweist darauf, daß die Verordnungen der Demobilmachungsausschüsse und das Betriebsratsgesetz häufig zur terroristischen Unterdrückung unserer Mitglieder benutzt werden.

Nitzsche, Köln, spricht zur Jugend- und Lehrlingsfrage, verlangt Ausbau des Fortbildungswesens und weist darauf hin, daß die gesetzliche Arbeitslosenversicherung häufig in Kollegenkreisen Anstoß erregt. Im übrigen hält er die Unterstufungsätze für wirklich unverschämte in Not geratene Arbeitslose für zu niedrig.

Alst, Vorstand, erläutert das System der Arbeitslosenversicherung und schildert die finanzielle Belastung der Kommunen durch dieses Gesetz.

Wieber stellt anheim, bestimmte Vorschläge zu machen, die zu Anträgen im Parlament verdichtet werden können. Auch er hält die Arbeitslosenversicherung für ein bedeutendes Kapitel und die dafür ausgeworfene Summe im Vergleich mit den sonstigen Milliardenausgaben des Reiches für unverhältnismäßig gering.

Alten, Iserlohn, fordert Ausbau der Kriegsgesellschaften, Vertretung der Metallarbeiter im Reichslohnrat, Mitarbeit der Gewerkschaften in der Regelung der Lehrlingsfragen.

Habsdant, Saarbrücken, nimmt ebenfalls Stellung zur Jugendfrage.

Krull, Magdeburg, fordert Ausbau der Arbeitsämter und Reformen in der Arbeitsvermittlung.

Hofer, Neuwied, verlangt gründlichere und promptere Berichterstattung über die Tätigkeit der Selbstverwaltungskörper.

Hiemisch, Bielefeld, verlangt eine Vertretung der Außenbezirke im Ausschuss des Verbandes. Die Regelung der Parteifrage möchte er einem Kongress des Gesamtverbandes überlassen. Im engen Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage steht die Wohnungsfrage. Von deren Lösung hängt die Möglichkeit der Verchiebung von Arbeitskräften ab.

Paas, Siegen, begründet zwei Entschlüsse und verlangt die Abhaltung von Branchenkonferenzen.

Wieber hat bereits Vorbereitungen für verschiedene Branchenkonferenzen getroffen.

Bei der nun folgenden Abstimmung über die eingebrachten Entschlüsse werden folgende einstimmig angenommen: 1. Preisabbau, 2. Gegen Terror, 3. Lehrlingswesen, 4. Organisation der Betriebsräte, 5. Arbeiterschutz - Berufskrankheiten, Feststellung von Betriebsunfällen, 6. Schutz für Klein- und Hilfsarbeiter, 7. Schutz für Arbeiter in Gasbetrieben und Hochöfen, 8. Arbeitsgemeinschaften und Selbstverwaltungskörper, 9. Erwerbslosenfürsorge und Bauwesen, 10. Berufsbildung in Fachverbänden, 11. Vertretung am Gewerkschaftsamt durch Gewerkschaftssekretäre, 12. Besetzung der Arbeitslosenfrage, 13. Staatliche Erhebungen und Branchenkonferenzen, 14. Parteifrage, 15. Achtstundentag, 16. Arbeitsnachweis. (Die gesperrt gedruckten Entschlüsse haben wir bereits zum Ausdruck gebracht.)

Die Anträge **Alten-Iserlohn, Elbing und Gattlingen** werden abgelehnt, **Büfelen** an den Vorstand zur Einleitung überwiegen. Antrag **Hattmann** ist erledigt.

Unsere Internationale.

Durch den Weltkrieg waren die internationalen Beziehungen der christlichen Gewerkschaften zum größten Teil auseinandergerissen. Sie hatten außer den im föderativen Charakter gehaltenen Zusammenarbeiten bei Problemen von internationaler Bedeutung, vor allem in Arbeitsfragen in der Hauptsache Bezug auf die in die Gebiete ausländischer Organisationen übertretenden Mitglieder.

Der internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften, der in den Tagen vom 15.-19. Juni d. J. in Holland im Haag stattgefunden hat, brachte auch die christlichen Metallarbeiterverbände wieder näher zusammen. Mit den auf unserer Generalsammlung in Essen vertretenen Bruderverbänden des Auslandes sind nun nach eingehenden Beratungen, in welchen gleichzeitig der Grundstein für einen engeren Zusammenhang der christlichen Metallarbeiterverbände der verschiedenen Länder gelegt wurde, zunächst folgende Vereinbarungen zustande gekommen:

Internationale Vereinbarungen der christlichen Metallarbeiterverbände.

Zwischen den christlichen Metallarbeiterverbänden Deutschlands, Hollands, Oesterreichs und der Schweiz wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

§ 1.

Die Mitglieder werden bei Verlegung ihres Wohnortes in das Gebiet eines der genannten Verbände ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes aufgenommen, wenn dieselben sich in ihrer bisherigen Organisation ordnungsmäßig abgemeldet und ihre Beiträge voll bezahlt haben. Die Frist zur unentgeltlichen Aufnahme darf vom Tage der Abmeldung bis zur Neuanmeldung vier Wochen nicht übersteigen.

§ 2.

Die Mitglieder der an diesem Vertrag beteiligten Verbände haben Anspruch auf die Unterstützung des Verbandes, zu dem der Uebertritt erfolgt, wenn sie mindestens 26 Wochen Mitgliedschaft durch entrichtete Beiträge nachweisen können. Fehlende Beiträge sind an die Organisation zu entrichten, zu der der Uebertritt erfolgt.

§ 3.

Die Kostenunterstützung wird von dem Orte an bewilligt, in welchem der Uebertritt erfolgt und durch Eintragung in das Mitgliedsbuch vermerkt wurde.

§ 4.

Bei Streiks und Lohnbewegungen verpflichten sich die Verbände, — wo solches erforderlich und gewünscht ist —, Zuzug von Arbeitern zu den Streikgebieten fernzuhalten, und sind Bemerkungen hierzu in den Verbandsorganen bekanntzugeben.

§ 5.

Uebergetretene Mitglieder können ihre früheren Mitgliedsbücher zum Luittieren der Beiträge und Unterstützungen in Gebrauch behalten, doch sind den übergetretenen Mitgliedern die Statuten des betreffenden Verbandes einzuhändigen.

§ 6.

Dieser Vertrag tritt am 1. September 1920 in Kraft. Die Kündigung beträgt 3 Monate und muß dieselbe zum Jahreschluß erfolgen.

In den Beratungen, die zum Abschluß dieser Vereinbarungen führten, übernahmen die holländischen Vertreter die Aufgabe, diese Abmachungen den übrigen Ländern zuzustellen und Verhandlungen zum Beitritt zu diesen Vereinbarungen und zur Herbeiführung engerer Zusammenarbeit mit diesen aufzunehmen.

Innere Verbandsaufgaben.

Heinrich Heintzmeier.

Die Vorteile dieses Systems der Abrechnung und des unweigerlichen Bestehens auf Einhaltung der Termine sind so enorm, daß man nirgendwo darauf verzichten sollte. Weil die ganze mit der Abrechnung verbundene Arbeit sich auf wenige Tage konzentriert, wird besonders auf den Geschäftstagen sehr viel Zeit für andere Aufgaben gewonnen und es kann pünktlich bis zum 20. nach Quartalschluß mit der Zentrale abgerechnet werden. Das bedeutet Ersparnisse an Verwaltungskosten und erhöhte Leistungen auf anderen wichtigen Gebieten. Pünktlichkeit bedingt gleichzeitige Ordnungssinn, denn diese beiden Tugenden sind ein Zwillingenpaar und ergänzen sich gegenseitig. Was aber Ordnung im inneren Organisationsapparat auch in agitativer Hinsicht bedeutet, darüber sollte sich jedes Vorstandsmitglied klar sein. Wie oft gehen uns neugewonnene Mitglieder wieder verloren, weil aus mangelnder Ordnung die pünktliche Bedienung usw. unterblieben ist. Indem die Mitglieder sich von der pünktlichen und gewissenhaften Erledigung der Kassen- und Verwaltungsgeschäfte überzeugen, wird das Vertrauen befestigt und die Bereitwilligkeit zur eifrigen Mitarbeit bei manchen Gelegenheiten ausgelöst. Die sofortige Publikation der heute teils sehr bedeutenden Summen ist schon aus Gründen einer guten und sofortigen Verzinsung zu begrüßen und ferner ist die Gefahr von Veruntreuung so gut wie ausgeschlossen. In der hochin angelegenen Verwaltungssphäre hat sich seit Einführung dieses Verfahrens kein Fall von Veruntreuung von Verbandsgeldern, oder ähnlichen Unannehmlichkeiten ereignet und das erklärt sich aus der ganz einfachen Tatsache, daß jeder die vereinnahmten Gelder sofort mitzubringen hat und somit die Gelegenheit fehlt oder auf ein Minimum beschränkt ist.

Die Einführung ist nicht so schwer, wie die Kollegen, die noch an andere Methoden und Termine gewöhnt sind, sich viel zu vorstellen. Fast alle allerdings, wenn

man zunächst die Mitglieder zu entsprechend pünktlicherer Zahlung erziehen wollte. Um zu beweisen, daß hier nicht „vom grünen Tisch“ aus gerichtet wird, kurz einige Worte zum Kapitel Beitragszahlung.

Gewiß — die Vorschriften besagen, daß der Beitrag eine Woche im Voraus und zwar jede regelmäßig gezahlt werden soll. Aber im Fahren ist man gar zu leicht geneigt, der menschlichen Schwäche nachzugeben. Zudem ist es vielfach Sache der Frau des Mitgliedes, den Vertrauensmann abzufertigen und das es da nicht immer leicht ist, sich von den „Papierlappen“ zu trennen, wissen unsere Vertrauensleute am besten. Dann spielt vielfach die lästige Gewohnheit, „nur am Lohntag Geld zu haben“, eine Rolle. Andere wieder zahlen monatlich — aber natürlich nachträglich und nicht, wie es sein soll, im Voraus. Daß den Vorständen und Vertrauensleuten durch diese Haltung der Mitglieder ungeheuer viel unnütze Arbeit und Verdruß bereitet wird, bedenken die Kollegen leider nicht.

Diese Dinge lassen sich aber nicht von heute auf morgen ändern und die Einführung der obigen Abrechnungsformeln von der Beseitigung dieser Mängel abhängig machen zu wollen, heißt nichts weniger, als die Neuerung ablehnen. Hier kann nur eine mutige Tat der Vorstände und Vertrauensleute zum Ziele führen, indem einfach durch Beschluß die genannten Termine festgesetzt werden. Die Vertrauensleute rechnen dann pünktlich ab, unbekümmert darum, ob die Mitglieder den Monat voll gezahlt haben oder nicht. Zwar ergeben sich auf diese Weise bei der ersten Abrechnung vielleicht erhebliche Rückstände, aber das schadet nichts, sondern kann unter Umständen sogar die endgültige Durchsührung erleichtern. Die Rückstände müssen dann nämlich sofort statistisch erfasst werden und mit Hilfe dieses Materials wird einmal ein kleines hässliches — natürlich „vertrauliches“ — Gemitter zur Entladung gebracht. Wenn so die Mitglieder aufgeklärt und an die Pflichten erinnert worden sind, dann wird die nachfolgende Abrechnung schon ein ganz anderes Bild zeigen. Auf diese Weise fortfahrend, ist es in den oben angeführten Verwaltungsjahren gelungen, 90 bis 95% der Mitglieder zum Zahlen im Voraus zu bringen. Sowohl beim Zahlen am Lohntag, wie bei monatlichen Zahlungen wird darauf gebrungen, weil der Abrechnungstermin dazu zwingt. Die verantwortlichen Kassierer, sowohl der Ortsverwaltung wie der Hauptstellen, müssen besonders in der ersten Zeit mit einer gewissen Rücksichtlosigkeit auf strikte Einhaltung der Termine bestehen — etwa übliche Vergütungen oder Prozente dürfen grundsätzlich nur für Pünktlichkeit gewährt werden.

Sobald dieses Verfahren sich eingelebt hat, wird es von allen Beteiligten als Wohltat empfunden und der guten Sache, dem Verbands, ist ein großer Dienst erwiesen.

Ein besonders wichtiges Glied im Verbands bildet der Vertrauensmann.

Die Bezeichnung dieses Amtes deutet bereits an, daß das in diesem Amt berufene Mitglied eine besondere Rolle in der Organisation zu spielen hat. Der Vertrauensmann stellt das Bindeglied zwischen Mitgliedern und Verbandsleitung dar. Von beiden Seiten muß ihm besonders Vertrauen geschenkt werden und seine Aufgabe besteht darin, sich dieses in ihn gesetzten Vertrauens würdig zu erweisen. Treueste Erfüllung aller übertragenen Pflichten ist daher unbedingt erforderlich. Der Vertrauensmann muß immer bedenken, daß er in seinem Wirkungskreise der Führer ist, daß er im Rahmen des Ganzen mit zu den Stützen des Verbandes zählt und eine große Verantwortung mit zu tragen hat. Im Nachfolgenden sollen kurz die wichtigsten Aufgaben des Vertrauensmannes zusammengefaßt werden:

a) Das erste Bestreben des Vertrauensmannes muß dahin gehen, zu den Mitgliedern und deren Angehörigen in ein Vertrauensverhältnis zu kommen. Er wird versuchen, den ihm zur Bedienung überwiesenen Mitgliedern ein Freund, Berater und vor allen Dingen ein Führer zu werden, der die Mitglieder mit den Ideen unserer Organisation vertraut macht und sie zu tüchtigen Gewerkschaftlern zu erziehen sucht.

b) Den Mitgliedern muß regelmäßig jede Woche die Verbandszeitung zugestellt werden. Die Jugendlichen erhalten außerdem die Jugendschrift „Der Hammer“ und die Arbeiterinnen, sowie jene Frauen von Mitgliedern, die das notwendige Interesse für unsere gute Sache zeigen, das „Frauenblatt“ extra zugestellt. Gleichzeitig sind die Beiträge zu lassen. Die Mitglieder müssen zu pünktlicher Leistung der laufenden Wochen- und sonstigen Pflichtbeiträge erzogen werden. Wir erinnern hierbei besonders an die Delegiertenmarken pro Quartal. Durch pünktliche Beitragsleistung helfen die Kollegen die Kampfkraft unseres Verbandes stärken. Es liegt aber auch im Interesse eines jeden Mitgliedes, denn der Verband kann nur dann den statutarischen Verpflichtungen nachkommen, wenn auch die Mitglieder ihre Pflicht getan haben. Beitragsrückstände führen in sehr vielen Fällen dazu, daß es diesen Kollegen manchmal nicht möglich ist, diese Rückstände nachträglich zu begleichen, und daß dann die bereits erworbenen Anteile wieder verloren gehen. Neue Mitglieder müssen unter allen Umständen sofort bedient werden.

c) Wenn der Vertrauensmann seine Mitglieder zu pünktlicher Beitragsleistung erzogen hat, dann wird es ihm auch ein Leichtes sein, pünktlich mit dem Kassierer am Monatsfluß abzurechnen.

d) Besondere Sorgfalt wird der Vertrauensmann der Ausfüllung des Abrechnungszettels widmen. In erster Linie ist wichtig, daß die Buchnummer richtig angegeben ist. Ohne die Angabe der richtigen Buchnummer können

wir das Mitglied unter den Tausenden nicht mit Sicherheit feststellen. Ferner ist immer genau anzugeben, bis zu welcher Woche die Beiträge geleistet sind. Auf dem Abrechnungszettel müssen auch diejenigen Mitglieder aufgeführt werden, die keine Beiträge im Laufe des Monats geleistet haben, z. B. Kranke. Es ist der Grund anzugeben. Abgereichte und Austritte müssen ebenfalls auf dem Abrechnungszettel angegeben werden, auch dann, wenn schon eine besondere Meldung erfolgt ist. Ebenfalls ist jeder Arbeitsstellenwechsel, oder eine etwaige Wohnveränderung auf dem Abrechnungszettel zu melden. Bei Abgereisten und Verzögerten ist möglichst die neue Adresse, bei Austritten der Grund anzugeben.

e) Es empfiehlt sich, daß die Vertrauensleute die Beitragsmarken immer selbst in die Bücher einheften. Es muß mehr Wert auf die saubere Instandhaltung der Mitgliedsbücher (Karten) gelegt werden. Ein sauberes Mitgliedsbuch macht immer einen besseren Eindruck, als wenn dasselbe verstaubt ist, wie es heute noch vielfach vorkommt. Beim Einheften der Marken empfiehlt es sich, statt der Marke, das Buch oder die Karte an der zu behebenden Stelle anzufachen, da dann die Marken besser halten.

f) Dem Versammlungsbuch wird der Vertrauensmann besondere Aufmerksamkeit widmen. Er hat seine Mitglieder immer wieder an diese Pflicht zu erinnern. Ein guter Vertrauensmann wird auch nach dieser Seite hin seine Mitglieder kontrollieren und die Versammlungsschwänzer besonders aufs Korn nehmen. Mitglieder, die keine oder nur selten die Mitgliederversammlung besuchen, sind in der Regel als unzuverlässige Kantonten bekannt.

Ferner müssen die Mitglieder über ihre Meldepflichten bei Krankheit und Arbeitslosigkeit eingehend belehrt werden. Nur bei ordnungsmäßiger Meldung besteht Anspruch auf die Unterstützung.

g) Ein pflichtbewusster Vertrauensmann wird keine Gelegenheit verpassen, ohne den Versuch zu machen, neue Mitglieder für den Verband zu werben. Aber dieses allein genügt nicht, es muß auch versucht werden, aus den Reihen der Mitglieder immer mehr Kollegen und Kolleginnen für die Mitarbeit in der Agitation zu gewinnen. Die Werbung neuer Mitarbeiter wird sich auch nach der Richtung erstrecken, daß jeder Vertrauensmann sich mindestens ein Mitglied aus seinem Bezirk als Vertrauensmann anernt, damit im Erkrankungsfall usw. sofort Ersatz zur Stelle ist.

Die Vorstände werden darauf achten müssen, daß Kollegen, welche sie zu diesem wichtigen Amte berufen, sofort genötigt über ihre Pflichten und Aufgaben belehrt werden. Ferner ist besonders in der ersten Zeit jede Neigung zur Bummel auf schärfste zu bekämpfen, denn die Art der Erziehung in den ersten Wochen ist in der Regel entscheidend für immer. Gewissenhaftigkeit, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit sind unbedingt notwendige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Wirken der Vertrauensmänner. Es mag manchem Kollegen nicht leicht fallen, die eigene Schwäche in diesem oder jenem Punkte zu überwinden. Aber Kollegen, es muß sein! Indem wir so im Kleinen Erziehungsbearbeit leisten, tragen wir zur Lösung großer Zeitfragen mit bei. Dieses Bewußtsein wird unseren Willen stärken, so daß wir freudig unser Bestes können einbringen.

Streiflichter.

Die Ankunft der Gewerkschaften.

In der letzten Generalversammlung der Berliner sozialdemokratischen Holzarbeiter wurden die beiden Bevollmächtigten Siegle und Ritzel ihres Amtes enthoben, weil sie sich in der Frage der Betriebsräteorganisation auf den Standpunkt gestellt hatten, daß die Betriebsräte nur im engen Zusammenhang mit den Gewerkschaften eine für die Arbeiterschaft fruchtbare Tätigkeit ausüben könnten. Dazu bemerkt der „Vorwärts“ vom 30. 8. 1920:

„Von vornherein wollen wir scharf betonen, daß uns mit den beiden abgesetzten „Bögen“ keinerlei Sympathien verbinden. Sie sind von ihren früheren Anhängern mit denselben demagogischen Mitteln abgehalbt worden, die sie gegen die alte Berliner Zeitung des Holzarbeiterverbandes angewandt hatten. Es sind also nicht die Personen, sondern es ist das gewerkschaftliche Prinzip, mit dem von diesen neuesten Gewerkschaftsrevolutionären Schindluder getrieben wird.“

Die Frage, um die es sich handelt, ist die, ob die Gewerkschaftsbewegung in der Zukunft eine selbständig entscheidende Arbeiterorganisation sein soll, oder ob sie unter das Diktum der Moskauer Sowjetzentrale gestellt werden, ob sie in der Zukunft nur ein selbständiges Anhängel der Generalgewaltigen der Kommunisten darstellen soll.

Das Verlangen der 3. Internationale, Unterordnung aller gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen unter die Allmacht des Zentralkomitees der 3. Internationale, wird in den jetzt veröffentlichten Beschlüssen offen ausgesprochen. In den Grundbegriffen, die „die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die 3. Internationale“ behandeln („Freiheit“ vom 29. 8. 1920) heißt es im Punkt 7, „daß die Kommunisten bestrebt sein müssen, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die kommunistischen Fraktionen bilden, mit deren Hilfe sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.“

In den Punkten 8 und 9 wird fühlbar erwogen, unter welchen Umständen die Kommunisten sich die Führung aneignen können, und wann sie, falls das nicht gelingt, die Gewerkschaften zu spalten haben.

Dieses offenergehe Bemerknis zur Vernichtung der deutschen Gewerkschaften, die in jahrzehntelanger mühseliger Kleinarbeit Stein auf Stein errichtet wurden, ist so frevelhaft, daß die Leitungen der Organisationen Maßnahmen treffen müssen, die die Herabwürdigung der Organisationen verhindern. Wie das zu machen ist, muß in den Beratungen sorgfältig erwogen werden. Wir scheuen uns aber nicht, es offen auszusprechen, daß man gegebenenfalls auch vor den schärfsten Mitteln, dem Ausschluß der Organisation der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten.

Die nächsten Wochen und Monate werden nicht nur in der U. S. P. zu schweren inneren Kämpfen führen, auch die Gewerkschaften werden in den Wahlstrom hineingezogen werden. In ihrer

Versammlungen wird in gleichem Maße der Kampf für oder gegen Moskau ausgefochten werden. Sogar wir hoffen, daß nach dem Verlassen der Schlacht nicht ein Trümmerfeld übrig bleibt.“

Wenn der „Vorwärts“ feststellt, daß hier einigen demagogischen Orbern in ihrer eigenen Ränne heimgezahl worden ist, können wir die Bemerkung nicht zurücklassen, daß auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit dem „Vorwärts“ sehr ernten, was sie sät haben. Man ist immer irgend jemandes Reaktionsär. Man mag so radikal sein, wie man will, es findet sich immer jemand, der noch radikaler sein kann. Die radikalen Töne, die vor allem vor dem Kriege und auch später noch dort geendet wurden, wo man jetzt Reiter und Morbio throt, wenn man von den Kräften der einen Erziehung erbrückt wird, rächen sich jetzt bitter und maßlosweise um Schaden der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Das ist, was wir christlichen Gewerkschaftler von jeher erkannt haben und was uns veranlaßt hat, auch schon einmal gegen den Strom zu schwimmen.

Am dem traurigen Miß, welches uns jetzt das gegenwärtige Lager bietet, mögen unsere Kollegen erkennen, was wir selbst zu tun haben, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen. Es hat keinen Zweck, im Anlehnung einer schreibenden Einigkeit mit den radikalen Schreibern auch nur einen Schritt gemeinsam zu gehen. Einmal auf der schiefen Ebene ist ein Schritt nachher schwerer.

Stellen wir uns allenfalls dem Mobilismus entschlossen entgegen. Gewerkschaftliche Geschlossenheit und Disziplin über alles! Mit dieser Parole werden wir unsere starke Organisation durch die gegenwärtige Krise bringen und bannern in der Lage sein, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten. D. D.

7. Generalversammlung des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen.

Der Verband christl. Schneider, Schneiderinnen und verw. Fernle Deutschlands hielt in den Tagen vom 2. bis 12. August in Würzburg seine 7. Generalversammlung ab. Anwesend waren 87 Delegierte, 5 Bezirksleiter, 8 Mitglieder des Zentralvorstandes und als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Kollege Paifer (A. S. N.).

Am 1. Verhandlungstage nahmen die Delegierten den Geschäftsbericht des Zentralvorstandes entgegen. Der Verband hat sich unter äußerlich schwierigen Verhältnissen zu einer lebendigen Organisation entwickelt. Er zählt zur Zeit über 22000 Mitglieder. Zweidrittel davon sind weibliche. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in fast allen Zweigen des Bekleidungsgebietes tariflich geregelt, teils durch Orts- und Bezirksstarke, z. T. durch Reichstarke. Eine Unsumme von Arbeit mußte vom Vorstande und den Beamten geleistet werden, um die im Geschäftsbericht zutage tretenden Erfolge qualitativ zu erklären, als auch bezüglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dem Zentralvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte sodann die allgemeine Aussprache zum Tagesprogramm und den gestellten Anträgen. Das gesamte Material wurde an vier Kommissionen zur Weiterberatung gegeben.

Der zweite und dritte Tag brachte eine Anzahl Referate, in denen zu den wichtigsten Berufs- und Tariffragen Stellung genommen wurde. Frau Mabiner (Würzburg) sprach über Arbeiterinnen in der Gewerkschaftsbewegung. Böder (München) über das Besetzungsweesen im Bekleidungsgebiet. Schwaigmann (A. S. N.), Kolte (Wrocław), Sahnmeier (Berlin) und G. A. M. (A. S. N.) über das Besetzungsweesen im Bekleidungsgebiet. Die Delegierten erhielten durch die Referate eine Fülle von Material und Anregungen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß auch die weiblichen Delegierten in durchaus sachlicher Weise ihre Meinung zu den einzelnen Fragen äußerten, ein Beweis dafür, daß auch sie den Gewerkschaftsgeboten und das Aufgabengebiet heberschen.

Am letzten Verhandlungstage wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf und die gestellten Anträge. Die Beiträge wurden den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend neu festgesetzt, d. h. gleichen auch die Unterstufungsätze. Da der Verband Mitglieder aus allen Zweigen des Bekleidungsgebietes umfaßt, führt der Verband für die Folge den Namen: „Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes.“ Mit dem Gewerkschaftsverein der Heimarbeiterinnen soll in ein Kartellverhältnis eingetreten werden.

Der bisherige 1. Vorsitzende, Kollege Schwargmann (A. S. N.), der dem Verbands seit der Gründung als 1. Vorsitzender vorsteht, wurde wiedergewählt. Die Tagung wird ein Denkmal sein und bleiben in der Geschichte des Verbandes und denselben zu weiteren Erfolgen führen.

Deutsche Feuerversicherung A.-G.

Nützlich wurde zu Berlin-Schöneberg die Deutsche Feuerversicherung A.-G. gegründet. Die Träger des neuen Unternehmens sind die in der Deutschen Volksversicherung vereinigten Arbeiter-, Angestellten- und Mittelstandsorganisationen.

Das Aktienkapital beträgt 5 Millionen Mark, von dem 25 Proz. in bar eingezahlt sind, sowie ein in bar eingezahlter Organisationsfonds von 500 000 M. Aufgebracht wurde das Aktienkapital ausschließlich von den christlichen und kirchlich-denkmaligen Gewerkschaften, dem Allgemeinen deutschen Eisenbahnerverband (Eiz Berlin) und den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen.

Das neue Unternehmen steht in enger Verbindung mit der Deutschen Volksversicherung. Neben der Haus- und Bürogemeinschaft übernimmt der Vorstand der Deutschen Volksversicherung auch die Leitung der Deutschen Feuerversicherung. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den beiden hauptamtlichen Mitgliedern, Regierungsrat Dr. Wischke und Hof. Rieder, den ehrenamtlichen Mitgliedern Franz Behrens, M. v. R., Vorsitzender des Zentralverbandes der Land-, Weinberg- und Forstarbeiter, Peter Schlaud, Direktor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Fr. Körzel, Ehren. Verband der evangel. Arbeitervereine, Monsignore Walterbach, Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine und Fr. Wolmann, Direktor des Leipziger Verbandes der Handlungsgehilfen.

Dem Aufsichtsrat gehören an: Staatsminister a. D. Graf von Posadowski, als Vorsitzender. Als Vertreter der Organisationen: Staatsminister Egerwald, Verbandsekretär Strubel (S. D.), die Verbandsvorsitzenden Gruppe, M. v. R. W., Finkeln, M. v. R., Wiedler, M. v. R., Thraner, Wieberg, M. v. R. und Treumme! M. v. R. Als Vertreter der Gründungsvereine der Deutschen Volksversicherung: Geh. Rat Hedeler-Köddinghoff, Professor Wischke, Hofrat Walter.

Die Deutsche Volksversicherung ist als ein soziales Unternehmen unternehmer gedacht, bei dem jeder erzielt Gewinn den Organisationen der Arbeiter und Angestellten zufällt. Der Betrieb wird mit dem 1. Oktober d. J. aufgenommen, er wird sich zunächst auf Feuerversicherung und Einbruchdiebstahl beschränken.

Der kommunistische Reichstagskandidat als Arbeiterbet.

Eine Notiz, die wir unter dieser Überschrift in der Nummer 32 vom 7. August brachten, veranlaßt den in dieser Notiz genannten Händler Carl Brenner aus Herlorn, uns unter Berufung auf den 9. 11 eine „Berichtigung“ zu senden. Er schreibt uns:

„In dem tragischen Artikel heißt es unter anderem, ich habe die Waren 50-100 Prozent über dem Höchstpreis verkauft. Dieses ist unwar.“

Berühmter Herr Kandidat, dieses ist wahr! Wir können auch mit genauen Zahlen dienen. Sie forderten für Hirsche Stück 2 M., 350 M. Ebenso überschritten Sie die Höchstpreise bei Speck, böhmer. Gegen diese Preistreibererei schritt die Polizei durch Beschlagnahme der Waren ein und zwang Sie, zu den vom Oberpräsidenten festgesetzten Höchstpreisen abzugeben. Das ist der Tatsachend, der vollständig unserer Notiz in Nummer 32 entspricht.“

Ob der Arbeiter und der Metallarbeiter dem Arbeiter oder dem Arbeitgeber vorzuziehen ist, ist meistens sehr schwer kontrollierbar. In seiner Verantwortlichkeit ist Herr Brenner mit dem Vorwurf des Preiswunders seitens des Erzenglers infolge eingehender Untersuchung an Ort und Stelle hinfällig geworden. Hier diese „eingehende Untersuchung“ vorgenommen hat, darüber schreibt der Engländer Hölzl.

Auf alle Fälle sind die unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Interessen behördlich festgesetzten Höchstpreise überschritten worden. Das mag unter einer Mätregierung gestattet sein. Wir deutschen Arbeiter aber sind endlich die Preisbrecherin satt und gehen davon aus, auch wenn dadurch mal ein kommunistischer Reichstagskandidat geschädigt wird.

Wir bekämpfen, dem Herrn Kandidaten nicht den Gefallen tun zu können. Den gegen ihn erhobenen Vorwurf zurückzunehmen. Wir haben die Tatsachen richtig dargestellt. Im übrigen schreibt immer noch das Verfahren gegen ihn. Nach dessen Erledigung werden wir auf die Sache zurückkommen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. September, der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. September.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: **Rückl: Vollmitglieder 8.50 M., weibliche und jugendliche 2 M.**

Aus dem Verbandsgebiet

Stolzberg-Schweizer. In einer großen Kundgebung stellte sich das Gewerkschaftsmitglied des christlichen Bezirksvereins in Stolzberg. Vortragsredner unter zahlreicher Beteiligung auf dem Kirchhof ein Gedächtnisfeier für die Kriegsgefallenen und die Opfer der Arbeit, vor allem die bei der furchtbaren Explosionskatastrophe vom 12. April d. J. ums Leben gekommenen, statt. Eine tiefempfundene, warm ausgesagte Gedächtnisrede anderer Kollegen war die Krönung dieser Feier.

Am Nachmittag bewegte sich ein imposanter Festzug durch die reichgeschmückten und besagten Straßen, in denen die wogenden Menschenmassen kaum Platz fanden. Selbst die Sonne, die den ganzen Tag hinter dunklen Regenwolken verdeckt gewesen war, brach sich wieder Bahn und trug zur Verschönerung des erdbebenhaften Festes bei. Auf dem Marktplatz hatten sich schon so viele zusammengedrängt, daß er die Festzugteilnehmer gar nicht mehr aufnehmen konnte. Es wurde deshalb von der hier vorgehenden Rede Abstand genommen, weil die direkt Beteiligten sie doch nicht hätten hören können.

Dafür nahm dann im dichtbesetzten Saal des Rolandhauses, nach einer Begrüßungsansprache des Kollegen Schürmer, unter Vorstandsmitglied, Kollege Wieser, das Wort zu einer Festrede, in der er u. a. ausführte, daß die heutige Kundgebung für die christliche Arbeiterbewegung von besonderer Bedeutung sei. In diesem Jahre sind es 20 Jahre her, daß hier in Stolzberg das Samenkorn für den christlichen Metallarbeiterverband gelegt wurde. Der heutige Festtag hat gezeigt, daß gerade der christliche Metallarbeiterverband eine ganz erhebliche Anzahl ausmacht, trotzdem er auch, so viele Frauen mit den Männern im gleichen Schritt marschieren zu sehen.

Ich will hier heute kurz nur 3 Fragen beantworten:
1. Was will und was ist die christliche Arbeiterbewegung und weshalb ist sie gegründet?
2. Hat sie ihre Aufgabe bis heute erfüllt?
3. Welche Zukunftsaufgaben stehen uns bevor?

Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet, um den christlichen Arbeiterinnen und Arbeitern einen Rückhalt zu bieten gegen die sozialistische Hochstuf unserer Zeit. Wir sind von Haus aus ein ordnungsliebendes Volk, wir haben nicht die Revolution auf unsere Fahne geschrieben. Stets gilt bei uns, daß unsere Arbeit Reformarbeit, nicht Umsturz bedeutet. Darin unterscheiden wir uns grundsätzlich von der Bewegung, die sich auf den Boden des Klassenkampfes gestellt hat und damit einen Trennungsschnitt zwischen sich und der übrigen Bevölkerung gezogen hat, zwischen sich und der staatlichen Ordnung. Da sie nicht auch einen Trennungsschnitt ziehen will zwischen sich und der heute bestehenden Ordnung, ist u. E. noch nicht entschieden. Wir wollen auf dem Boden der Reform einen Ausgleich der Interessen.

Unsere christliche Arbeiterbewegung hat die auf sie gestellten Anforderungen erfüllt, nicht in wenigen Wochen und Jahren, es war ein mühsames Ringen, ein mühsamer Kampf, große Hindernisse waren zu überwinden. Der Ruf zur Organisation hat Gehör gefunden. Der Zweck, den sich die Organisation gestellt hat, ist erreicht worden auf dem Gebiete des Arbeits- und Lohnwesens. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat aber neben der Arbeits- und Lohnbewegung noch andere Aufgaben zu erfüllen, sie ist auch eine Kulturbewegung.

Gangam aber sicher haben die christlichen Gewerkschaften gewirkt, mehr und mehr sind die christlichen Gewerkschaften gewachsen, man kann heute wohl mit Recht sagen, daß die Gleichberechtigung des arbeitenden Standes auf politischem Gebiete vollständig erreicht ist. Nicht Trennung wollen wir, sondern Einigung. Wo die gemeinsamen Interessen wahrzunehmen sind, wollen wir Schulter an Schulter mit den übrigen Volksklassen, mögen sie nun dem Dauerkampf angehöhen oder dem Handwerkerstande, dem Beamtenstande, dem Kaufmannstande oder wer es sonst irgend ist, kämpfen. In diesem Geiste der Gemeinsamkeit leben wir das christliche Ideal, die Fürsorge für das Gemeinwohl. Nicht im Klassenkampf, nicht in der Zerstörung, sondern im Aufbau im Zusammengehen ist das Wohl der Völker begründet.

Nun noch kurz einige grundsätzliche Gedanken. Welches sind die wichtigsten Aufgaben für die Zukunft? Trübe liegt die Zeit vor uns. Deutschland liegt zurzeit darnieder, wirtschaftlich, politisch, wirtschaftlich. Innerlich ist Deutschland zerrissen. Uns liegt es da ob, daran zu arbeiten, daß es nicht noch mehr zerrissen wird. Der wichtigste Wiederanfang ist das wichtigste. Von manchem sozialistischen Reichstagskandidaten ist das Wort in die Massen gerufen worden: Sozialismus ist Arbeit, nur Arbeit kann uns retten. Warum wird dieser Ruf nicht von vielen Massen gehört und befolgt? Weil die sozialistischen Massen nicht in diesem Geiste erzogen worden sind, daher haben sie auch für dieses Wort kein Verständnis. Unsere Aufgabe ist es, den Bestrebungen, die eine Nationalität errichten wollen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften entgegenzuwirken. Die äußersten Kräfte müssen angepannt werden, um unsere Wirksamkeit zu heben. Der Zusammenbruch kann nur vermieden werden, wenn alle Kräfte mit dem größten Ernst in die Speichen greifen. Ich sehe nur einen Weg zur Besserung: Das deutsche Volk muß innerlich zur Erkenntnis kommen, daß es bei sich selbst die Reformarbeit beginnen muß, es muß die Heiligkeit und die Gerechtigkeit, der Würde und die Ausbeutung mit aller Energie anzugehen. Die alten guten Grundsätze von Redlichkeit und Gerechtigkeit in Handel und Wandel müssen zur Geltung kommen, der Weg der Pflichttreue und der Arbeitsredlichkeit muß überall bejehret werden, der Weg der Solidarität, des Gemeinlebens. Sogar, daß die Reihen gestärkt werden, unser Ruf ist als Staatsbürger in der Organisation, um beizutreten zu wirken.

Vorgeschalteter Beirat lobte den Redner für seine herrlichen Worte. Nach ihm sprachen noch Herr Beigeordn. Greben im Namen des Bürgermeisters **Doßhelm** und Herr Landrat **Paß** und Herr **Högl**.

Dortmund. In der Dortmunder Metallindustrie gibt es seit den Märztagen Ähnlich. Es verneht wohl keine Woche, in welcher nicht der eine oder der andere Arbeiter einen kleinen Ausschritt riskiert. Hervorragendes in dieser Hinsicht leistet besonders das Eisenwerk Union, dessen Betriebsrat und Belegschaft zum überwiegenden Teil der „freien Arbeiter-Union“ angehören. (Als zur Revolution war die Union eine Hochburg der Metallarbeiter, auch der wichtigste Vorwand gibt diesen Überbalken Veranlassung, zu Protest- und Demonstrationen zusammenzutreten mit nachfolgender Arbeitsniederlegung. Das Tollie leisteten sich diese Metallarbeiter jedoch in der Woche vom 15. bis 22. August.

In den letzten Wochen sind eine Anzahl jener dunklen Ehrenmänner nach Dortmund zurückgekehrt, die während der Märztagen im Metallgewerbe und Auspländung des städtischen Gesundheitsbüros hervorgehoben geleistet haben. Viele „Führer“ hatten nun nichts Eiligeres zu tun, als der Arbeiterchaft Dortmund klar zu machen, daß der eingetretene Steuerabzug eine himmelstreichende Ungerechtigkeit sei, usw. Daß sie nebenher ihre WiederEinstellung forderten, und falls diese nicht sofort bewerkstelligt würde, die übrigen Arbeiter in den Streik zu treten hätten, sei nur nebenbei erwähnt. Worauf es im Grunde genommen diesen Leuten ankommt, beweist ein Ausspruch des ehemaligen Abteilungsleiter der Rotten Armee, Eneiden, der erklärte, die Arbeiter müssen auf die Straße, damit wir Truppen für die bolschewistische Armee erhalten. Die Mehrzahl der Arbeiter des Eisenwerk Hüsch ließ sich jedoch von diesen ehemaligen Volkskämpfern nicht ins Bockhorn jagen, sondern beschloß in zwei gut beleuchten Belegschaftsversammlungen, nicht in den Streik zu treten. Ganz besonders erfolgreich kam der Wille der Belegschaft zur Arbeit dadurch zum Ausdruck, daß man beschloß, zur Selbsthilfe zu greifen, falls die Schreier versuchen sollten, das Werk still zu legen. Einige Rabauküber haben dann auch in jenen Tagen die unliebsame Bekanntschaft mit Arbeiterhäuten und sonstigen derben Erziehungsmiteln machen müssen.

Während nun die Kollegen des Eisenwerk Hüsch am Mittwoch, den 18. August, sich für Weiterarbeiten erklärten, beschloß die Belegschaft der Union in einer — ungläublich, aber wahr — Empathiefeier für die Arbeiter des Eisenwerk Hüsch zu treten. Man hielt auch hier wieder, welche zündende Wirkung die Reden dieser Arbeiterbegleiter in den Gehirnen ihrer Nachläufer hervorgerufen hat. Nicht nur, daß man den Streik proklamierte, nein, man weigerte sich jegliche Notstandsarbeiten. Die Hochhölzer wurden verlassen, der Mischer enthielt nach 340 Tonnen flüssiges Eisen. In zwei Minuten erloschen die Öfen. Man nahm sich nicht einmal die Zeit, die vollen Viehhäfen zu entleeren, sondern ließ auch deren glühenden Inhalt ruhig einsickern. Anseher Kollegen wurden mit Gewalt am Weiterarbeiten gehindert.

Erst am andern Morgen wurde es den „Führer“ klar, welche Arbeit sie angestiftet hatten. Da nun rief man die Zentralgewerkschaften zum Hilfen. Wenn man auch sonst bei jeder Gelegenheit das Wort Gewerkschaftsbewegung im Munde führt, — in kritischen Momenten weiß man sie stets zu finden.

Sofort angenommene Verhandlungen mit der Direktion führten zu keinem Ergebnis, weil die verantwortlichen Leiter nicht in Dortmund anwesend waren. Erst am Samstag, den 21. August, gelang es in Verhandlungen mit der Direktion die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag, den 23. August, zu erreichen.

Drei bis vier Tage Rohausfall hat die Belegschaft als Ergebnis dieses wilden Streiks zu buchen, und das in einer Zeit, wo die Einbedingung für den Winterbedarf vor sich gehen soll. Hoffentlich ist es das letzte Mal, daß es einer Hand voll Schreier und einigen Hirnrindern, mit Dummheit geschaenen, sogenannten „Arbeiterführern“ gelingt, die Leute auf die Straße zu bringen. Eine zwar bittere Lehre wird dieser Streik auch den Kollegen sein, die immer noch solchen Schreier nachlaufen, die immer noch nicht einsehen, daß tatkräftige Zukunftsarbeiten nur von einer starken, selbstorganisierten Organisation geleistet werden kann, von einer Organisation, die ihren Mitgliedern zwar nicht den „Simmel auf Erden“ verspricht, die aber durch jahrelange lange Arbeit den Beweis erbracht hat, daß sie wirklich etwas Erspießliches für die Arbeiterschaft zu leisten im Stande ist.

Kassel. Immer wieder der rote Terror! In der Werkstat D. der Firma Henschel & Sohn kam es im Februar d. J. an einem Streik von 480 Arbeitern, weil ein — sage und ähre eibe ein — Mitarbeiter, der Schloffer Wilmers, es gewagt hatte, der sozialdemokratischen Gewerkschaft den Rücken zu kehren, um dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. Die Beilegung des Streikes erfolgte erst dann, als der Kollege sich notgedrungen bereit erklärte und einen Lohnmehrschein für den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ausgestellt hatte. Dann war Ruhe bis zur nächsten Fächerkontrolle, die im Mai stattfand. Gewaltiges Erschauern, denn Kollege W. war „unmoralisch“ — um mit dem hochgeborenen Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Wieroth zu reden, genug gewesen, und hatte keine erprobte Zugehörigkeit zum roten Verband ausgeben, und war dem christlichen Metallarbeiterverband treu geblieben. Sofort setzte denn auch der Kampf ein. Mit allen Mitteln wurde versucht, den Kollegen W. anschieblich zu machen. Diesmal hatten sich die Herren doch verrechnet, denn der christliche Metallarbeiterverband nahm kurz entschlossen den Kampf auf. Die Firma verzichtete bis zur Regelung der Sache den Kollegen W. in eine andere Abteilung, die von seiner bisherigen über eine halbe Stunde entfernt liegt. Aber auch hier das selbe Spiel. „Hier ist kein Asyl für Dabbolse, wir wollen den Menschen nicht“, so wurde der Direktion diktiert.

Der Schlichtungsanspruch der angesehen war, konnte auch nichts machen, da W. ja nicht entlassen war, sondern noch immer in ungeschützter Stelle fand. In eine WiederEinstellung in seine alte Abteilung war auch nicht zu denken, denn der Betriebsrat hatte inzwischen festgestellt, daß es dann erneut zur ArbeitsEinstellung kommen würde. Darauf kündigte die Betriebsleitung dem Kollegen W. das Arbeitsverhältnis. Die radikalen Freiheitshelden triumphierten.

Vom christlichen Metallarbeiterverband wurde der Schlichtungsanspruch erneut angesehen, mit dem Antrage, die Entlassung als ungeschichtlich und ungeschicklich zu erklären, und dem Kollegen für die arbeitslose Zeit eine Entschädigung zuzusprechen. Die Sitzung fand am 6. August statt. Die Verhandlungen bestätigten vollumfänglich die oben erwähnte Tatsache, daß der Genosse im Kampf gegen christlich organisierte Kollegen kein Mittel zu schlecht ist — auch dem roten Betriebsrat nicht, — wenn sie nur ihren Zweck erreichen. Als Hauptstrumpf spielte der Betriebsrat den § 66 des N. R. G. vor, welcher ihn verpflichtet, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. Wie nun ein einziger christlich organisierter Arbeiter einen ganzen Betrieb erschüttern kann, das bleibt wohl Geheimnis des Betriebsrates. Folgende Gründe führte der jamahe Betriebsrat an, um die Drohtat nachzugehen des Kollegen W. zu rechtfertigen: 1. Unmoralisches Verhalten, 2. Unkollegiales Benehmen, 3. Unpünktliches Beginnen mit der Arbeit, 4. Langer Aufenthalt auf dem Klosett, 5. Zigaretten rauchen auf dem Klosett, und was solcher „Albernheiten“ noch mehr waren. Der Hauptstrahler war aber die Angabe, Kollege W. hätte durch sein radikales Auftreten seine Mitarbeiter unzufrieden gemacht.

Entsprechend der Beweisstrategie auf Grund der Reuegenausfagen, wurde vom Schlichtungsanspruch in seinem Schiedspruch ausgeführt, nicht das dem W. nachgelagte schlechte Verhalten war die Ursache für die vom Betriebsrat verantwortete und verteidigte Entlassung, sondern seine Zugehörigkeit zum christlichen Verband. Diesen Schiedspruch entsprechend wurde die Firma auch verurteilt den entlassenen Lohnausfall zu ersetzen.

Der eigentlich Verurteilte ist nicht die Firma Henschel & Sohn, sondern der faulste Betriebsrat, der durch sein Verhalten — auch am Schlichtungsanspruch — bewiesen hat, wie ein Betriebsrat nicht sein soll. Jeder Schlichter hätte seine helle Freude gehabt, hätte er hören können, wie ein sozialdemokratischer Betriebsrat weit brutaler und gefährlicher gegen einen Arbeiter vorgehen kann, wie es Unternehmerwillkür zu tun vermag. Die christlich organisierte Arbeiterchaft Kassel sollte aus diesem Vorfalle die richtige Lehre ziehen, dann würden die roten Freiheitshelden beratige Machenschaften baldigst unterlassen. Nur durch Festigkeit vermögen wir uns durchzusetzen, sind wir einig und geschlossen, dann wird der rote Terror geschehen, und die Zukunft gehört uns. Darum ihr christlichen Arbeiter Kassel! Hinein in die christlichen Gewerkschaften! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Stuttgart. Vom Württembergischen Arbeitsministerium sind uns folgendes Schreiben zu:

„Wirtl. Arbeitsministerium Stuttgart, August 1920 Betr. Erwerbslosenfürsorge.“

Von den verschiedenen Gewerkschaften ist in letzter Zeit unter anderem auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge eine Reihe von Forderungen und zwar in wesentlichen gleichlautenden Inhalts, aufgestellt worden. Das Arbeitsministerium hat diese Forderungen einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist, da es sich durchweg um Fragen handelt, welche der reichsgesetzlichen Regelung vorbehalten sind, mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung getreten. Während bei einem Teil der Forderungen ein Entgegenkommen sich als unmöglich erwies, ist bei einem anderen Teil ein solches entweder bereits erfolgt oder in Aussicht zu nehmen. Im einzelnen bemerkt das Arbeitsministerium:

Künstlich der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose ist es bei auch vom Arbeitsministerium unterstützten Bemühungen inzwischen gelungen, den Beginn des Restarbeitsjahres beim Reich durchzuführen. In einer Bankstelle ist bereits begonnen, weitere werden in ähnlicher Höhe erschlossen werden. Auch sonst ist das Arbeitsministerium bestrebt, durch eine möglichst weitgehende Heranziehung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu fördern.

Die geforderte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ist vom Reich aus finanziellen Gründen abgelehnt worden. Dagegen ist vom Reichsarbeitsministerium eine bestimmte Summe mit Ermächtigung der Reichsregierung ausgetrennt worden, um eine besondere Fürsorge für langfristige Erwerbslose durchzuführen. Für Württemberg kommt ein Betrag von etwa über 450 000 M. in Betracht, über dessen zweckmäßige Verwendung die Erwägungen bereits eingeleitet sind. Bei dieser Gelegenheit wird bemerkt, daß mit Erlass der R. V. D. vom 6. 5. 20 (N. R. G. Bl. S. 871) die Verbindung von Ortslösen und Erwerbslosenunterstützungslag in ihrer bisherigen Gestalt weggefallen ist. Ortslöse haben für die Erwerbslosenunterstützungssätze nur noch Bedeutung im Rahmen des § 9 Abs. 6 der genannten R. V. D. Da jedoch das Reichsarbeitsministerium hierher mitgeteilt hat, daß es seine nach der genannten Reichsbestimmung arbeitslos erwerbsfähige Zustimmung grundsätzlich nicht erteilen können, hat die Erhöhung der Ortslöse für die Festsetzung der Erwerbslosenunterstützungssätze ihre bisherige Bedeutung verloren.

Die Freilassung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen von der Anrechnung gemäß § 12 der R. V. D. über die Erwerbslosenfürsorge, ist vom Reichsarbeitsministerium zurückgelehnt worden.

Bezüglich der Wartezeit ist eine erhebliche Milderung für die allermeisten Zeit zu erwarten.

Daß die Erwerbslosenunterstützung nicht als Einkommen i. S. der Steuerbesteuerung anzusehen und daher von der Einkommensteuer befreit ist, ist durch Rundschreiben sämtlichen Finanzämtern mitgeteilt worden.

Eine Besserstellung der Kurzarbeiter durch Herabsetzung des der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung zugrunde liegenden Hunderttages von 60 auf 50 in besonders begründeten Ausnahmefällen ist von hier aus dem Reichsarbeitsministerium befristet worden; der Erlass einer entsprechenden Bestimmung ist in Wälde zu erwarten.

Das Arbeitsministerium stellt anheim, von dem Inhalt des vorstehenden Schreibens die einzelnen Bezirksverwaltungen der Gewerkschaften in Kenntnis zu setzen.

Gelbeingänge bei der Hauptklasse im Monat Juli.

| | | | | | | | |
|-----------------|------------|---------------|-----------|----------------|-----------|---------------|-----------|
| Stien | 25 000 | Biera | 81 | Wilsheimshagen | 920.98 | Dortmund | 10 000 |
| Celbe | 1500 | Fürren | 2250 | Hörde | 5000 | Aalen | 2000 |
| Rottenburg | 700 | Berlin | 2000 | Julba | 4000 | Gelsenkirchen | 10 000 |
| Weißenburg | 549.80 | Hirschheim | 4000 | Stolzberg | 2500 | Dennersdorf | 512.20 |
| Heilbronn | 56.20 | Dortmund | 649 | Wieg | 351.15 | Schweidnitz | 225.90 |
| Frankenberg | 553.65 | Mannheim | 4000 | Wroisdorf | 8000 | Röln | 50 000 |
| Meißen | 174.70 | Esfurt | 989.56 | Aalen | 1000 | Ziegenhals | 182.65 |
| Wulfa | 2000 | Hann | 5000 | M.-Glabbach | 15 800 | Dortmund | 10 000 |
| Wlch | 152.90 | Rottensburg | 284.80 | Wasseraffingen | 3000 | Wahlhausen | 298.64 |
| Flensburg | 67.76 | Halberstadt | 88.83 | Grob-Nyde | 339.20 | Weser | 313.50 |
| Angsburg | 4000 | Hilbesheim | 3000 | Gabelschwert | 126.25 | Dingelstädt | 1200 |
| Kassel | 383.84 | Meiße | 43.60 | Donauwechingen | 38.60 | Aue | 1500 |
| Strelitz | 21 650.98 | Wöhrenbach | 521.10 | Neuhals | 1388.72 | Rottensburg | 7.10 |
| Mürnberg | 3026.65 | Grörlitz | 233.90 | Schönlanke | 171.60 | Eisenach | 203.10 |
| Wittenstein | 27.40 | Wiesefeld | 2500 | Obpplingen | 3312.20 | Hannover | 2000 |
| Neumünster | 4000 | Welfert | 10 000 | Milheim | 90 000 | Bekdorf | 8000 |
| Kiel | 867.39 | Opfaden | 5046.80 | Stettin | 908.58 | Schneidemühl | 38.90 |
| Duderstadt | 834.70 | Hann | 421.50 | Wiesefeld | 1500 | Bremerhaven | 388.60 |
| Stuttgart | 1500 | Meiße-Neuland | 1052.12 | Niragandern | 583.25 | Albstadt | 500 |
| Wibersach | 857.80 | Nachen | 25 000.21 | Silbenschel | 14 538.38 | Karlruhe | 2000 |
| Dier-1063.90 | Tuttlingen | 704.80 | Landschul | 374.65 | Witten | 7363.41 | |
| Ulm | 9232.35 | Witten | 5000 | Wiesefeld | 2200 | Höflich | 1457.93 |
| Sippstadt | 15 532.16 | Bremen | 89.75 | Wilsheimshagen | 1000 | Dilsberg | 2830.60 |
| Chemnitz | 2320.23 | Thale | 1205.82 | Seiffenstadt | 1383.75 | Krefeld | 16.38 |
| Lübden | 327.16 | Schiff | 50 | Gelsenkirchen | 24 322.98 | Amern | 821.55 |
| Sontpfeen | 327.16 | Werbohl | 31 983.54 | Dnabrich | 3385 | Barmen | 5187.87 |
| Straubing | 905.79 | Belede | 986.85 | Offenbach | 4406.95 | Ungsborg | 3695.17 |
| Oberreischstädt | 946.25 | Schonach | 2036.80 | Hann | 24 000 | Lamsdorf | 733.40 |
| Reichshausen | 85.40 | Heilsberg | 336.40 | Umburg | 26 841.10 | Dillenburg | 13 484.97 |
| Gießen | 12 631.60 | Reheim | 49 713.08 | Freiburg | 1624.55 | Fürth | 37.83 |
| Beverungen | 230.50 | Hoppede | 142.39 | Barmen | 4 | Reine | 1494.88 |
| Schramberg | 8120.10 | Waldenburg | 253.25 | Mülheim | 16 287.70 | Hagen | 64 890.88 |
| Münster | 4066.12 | Effen | 50 000 | Durlach | 281.12 | | |

Abresenänderung.

Witten. Die Fernsprechnummer unserer Geschäftsstelle ist nicht mehr 609, sondern 1090.

Selbständige, unverheiratet

Gürtler

für Beleuchtungskörper, feine Metallwaren, gesucht. Perfekt im Hart- und Weichlöten.

Metallwerke, Benzinger G. m. b. H., Schierslein-Rheia